



SEITE 2
Projekt Zukunft:
Was ist überhaupt gerecht?

SEITE 3
#NeueErfolge:
Der Innovation
auf der Spur



SEITE 4/5
Interview: SPD-Fraktions-
vize Axel Schäfer über
Europa und die Flüchtlings-
frage

SEITE 6
Mehr Leistungen
in der Pflege



SEITE 7
Klausurtagung
der SPD-Fraktion

SEITE 8
Flüchtlinge: Koalition
entlastet Länder und
Kommunen

GUTE ARBEIT



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Ausgabe 5/2015

Ideen für eine gerechte Zukunft

In sechs Projektgruppen sucht die SPD-Fraktion Antworten auf die Fragen von morgen.

In Deutschland läuft es derzeit wirtschaftlich gut. Die Wirtschaft brummt, die Steuereinnahmen steigen, die Arbeitslosenzahlen sinken. Kann deshalb alles so bleiben wie es ist? Sicher nicht. Denn schon heute sehen wir die Herausforderungen von morgen: Ob Globalisierung, Digitalisierung oder demografischer Wandel – sie alle werden unsere Gesellschaft in den nächsten Jahren verändern.

Die SPD-Bundestagsfraktion will diesen Wandel gestalten. Wie? Diese Frage soll das Projekt Zukunft „#Neue Gerechtigkeit“ beantworten. In sechs Projektgruppen werden die SPD-Abgeordneten bis Sommer 2016 Antworten auf zentrale Zukunftsfragen erarbeiten. Sie sprechen mit Expertinnen und Experten, mit Unternehmen und Gewerkschaften sowie mit Bürgerinnen und Bürgern – online und offline. Mit einer Zukunftskonferenz hat die SPD-Fraktion jetzt den Startschuss für das Projekt gegeben.

Diskutieren und lernen

„Wir haben zwei erfolgreiche Jahre hinter uns, in denen wir ein Projekt nach dem anderen umgesetzt haben“, sagt SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann. Zum Beispiel den Mindestlohn, die Mietpreisbremse oder die doppelte Staatsbürgerschaft. Mit dem Abarbeiten des Koalitionsvertrages könne sich die SPD-Fraktion aber nicht begnügen. „Wir entwickeln neue Ideen für die kommenden zwei Jahre und die Zeit danach.“ Thomas Oppermann betont vor allem das Dialogkonzept beim Projekt Zukunft. Die SPD-Fraktion stelle kein fertiges Programm vor, sie frage nicht nach ja oder nein. „Wir wollen diskutieren und lernen.“



Diskutieren und lernen: In sechs Projektgruppen spricht die SPD-Fraktion mit Fachleuten und Bürgerinnen und Bürgern.

Für die SPD-Fraktion ist zudem klar: Wer über eine gerechte Zukunft spricht, muss auch mit den Menschen sprechen, die in dieser Zukunft leben werden. Deshalb haben die Sozialdemokratischen und Sozialdemokraten für ihr Projekt einen „Jungen Beirat“ berufen: 15 junge Menschen werden die Fraktion in den nächsten Monaten beraten und ihre Perspektive mit einbringen.

Nicht im eigenen Saft schmoren, sich auch mit jungen und kritischen Stimmen auseinandersetzen – darum geht es den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den nächsten Monaten. Was alle sechs Projektgruppen verbindet, ist die Frage: Was bedeutet Gerechtigkeit heute und in Zukunft? Reichen die alten Antworten oder brauchen wir neue? „Wir wollen im Dialog erarbeiten, was in einer sich ra-

sant verändernden Gesellschaft noch gerecht ist“, sagt die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion Christine Lambrecht.

Wie überwinden wir den Zusammenhang von Herkunft und Bildung? Wie kriegen Eltern Familie und Beruf unter einen Hut? Wie schaffen wir es, dass Technik und Innovationen das Leben der Menschen verbessern? Das

sind nur drei von vielen Fragen, die die Projektgruppen in den nächsten Monaten beantworten wollen. Die Ergebnisse werden direkt in die parlamentarische Arbeit der SPD-Fraktion einfließen. Es sei ein Prozess, der sich lohne, sagt Christine Lambrecht. „Denn am Ende werden wir die Antworten auf die Fragen der Zukunft geben können.“ ■

Die Projektgruppen im Projekt Zukunft

- #NeueZeiten: Arbeits- und Lebensmodelle im Wandel
- #NeueChancen: Wertschätzung für Bildung und Arbeit
- #NeueErfolge: Vorsprung durch Innovation
- #NeuesMiteinander: Einwanderungsland Deutschland
- #NeuerZusammenhalt: Gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland
- #NeueLebensqualität: Morgen gut leben

Mehr unter: www.spdfraktion.de/projekt-zukunft

Projekt Zukunft: Was ist überhaupt gerecht?

Was heißt „neue“ Gerechtigkeit? Und was ist mit der alten? Um diese Fragen ging es auf dem Podium bei der Zukunftskonferenz.

Der Begriff Gerechtigkeit gehört zu den Grundsätzen der Sozialdemokratie. Aber was bedeutet er im 21. Jahrhundert? Kann es eine Gerechtigkeit für alle geben? Es sei kein einfacher Begriff, den sich die SPD-Fraktion vorgenommen habe, sagt der Zukunftsforscher Matthias Horx. Denn Gerechtigkeit bedeute in einer individualisierten Gesellschaft für jeden einzelnen etwas anderes. „Wer Gerechtigkeit sagt, meint immer zuerst ‚Gerechtigkeit für mich‘.“

Flexibilität gegen Sicherheit

Für die Journalistin und Autorin Julia Friedrichs geht es bei Neuer Gerechtigkeit vor allem um neue Arbeitsmodelle. Konkret: Ein gerechteres Verhältnis zwischen Flexibilität und Sicherheit. Die Generation der Anfang Dreißigjährigen leiste sehr viel und übernehme Verantwortung. Aber die Sozialsysteme seien ausschließlich auf Normalarbeitsverhältnisse ausgerichtet. „Viele von uns wollen oder können nicht 40 Jahre im gleichen festen Job arbeiten, sondern haben den Wunsch nach Flexibilität.“ Dafür fehle es aber



SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann diskutiert mit Julia Friedrichs und Matthias Horx.

an einer Grundsicherheit. SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann sieht das ähnlich: Die Politik müsse auch denjenigen Antworten, Perspektiven und Sicherheiten geben, die nicht „normal“ arbeiteten. „Wir müssen für Selbstständige sozialstaatliche Lösungen finden, die ihnen Sicherheit geben.“

Julia Friedrichs warnt gleichzeitig davor, mit der Diskussion um eine neue Gerechtigkeit die alten Probleme

aus dem Blick zu verlieren. Es gebe eine große Kluft zwischen jenen, die nur arbeiten, und jenen, die noch dazu Besitz und Vermögen haben. Diese Lücke schließe sich nicht von alleine. Zum anderen gebe es nach wie vor keine Bildungsgerechtigkeit.

Das Thema treibt auch Thomas Oppermann um: „Kinder aus ärmeren Schichten müssen ganz andere Hürden überwinden, wenn sie nach oben

Neue Website

Mitmachen beim Projekt Zukunft!

Die SPD-Bundestagsfraktion denkt voraus. Um Herausforderungen wie die Digitalisierung, den demografischen Wandel und die Globalisierung gerecht zu gestalten, hat sie das **„Projekt Zukunft – #NeueGerechtigkeit“** gestartet. In sechs Projektgruppen erarbeitet sie politische Antworten auf wichtige Zukunftsfragen unserer Gesellschaft. Aber nicht allein, sondern im Dialog mit den Menschen. Mitmachen können alle. Wie? Über die Website zukunfts Ideen.spdfraktion.de. Was können wir tun, damit Deutschland auch in Zukunft ein sozial gerechtes und wirtschaftlich starkes Land bleibt? Reden Sie mit! Die SPD-Fraktion braucht Ihre Vorschläge und Ideen. ■

durchkommen wollen.“ Das Problem sei, dass dort, wo am stärksten über die Entwicklung der Kinder entschieden wird – in der Kita und der Grundschule – am wenigsten Geld ausgegeben werde. Gerade beim Thema Bildung machte die Diskussion deutlich: Oft geht es bei „Neuer Gerechtigkeit“ auch um die alten Fragen. Mit ihrem Projekt Zukunft sucht die SPD-Fraktion jetzt nach neuen Antworten. ■

Zeit für Familie und Erfolg im Job – geht das?

Wie schaffen wir eine Balance zwischen Beruf und Familie? Wie können beide Partner im Beruf erfolgreich sein und sich um die Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen kümmern?

Die Projektgruppe #NeueZeiten sucht Antworten auf diese Fragen. Bei der Zukunftskonferenz der SPD-Fraktion kam es jetzt zum ersten Austausch mit Fachleuten und Bürgerinnen und Bürgern.

Der Mann arbeitet Vollzeit und die Frau hängt in der Teilzeitfalle, das ist in den meisten Familien immer noch das gängige Rollenmodell – trotz der Fortschritte beim Ausbau der Kinderbetreuung. „Wir sollten nicht versuchen, alle Probleme über mehr Betreuung zu lösen, sondern sollten mehr über Zeit reden“, sagt deshalb Projektleiter Martin Rosemann. Gute Betreuung sei wichtig, aber Eltern wollten vor allem in den entscheidenden Phasen mehr Freiräume für die Familie. Das Problem:



Projektleiter Martin Rosemann spricht mit Fachleuten über neue Arbeitszeitmodelle.

Für diese Freiräume bezahlen Eltern derzeit einen hohen Preis. Frauen haben von vornherein schlechtere Karrierechancen; Männer müssen mit Nachteilen rechnen, wenn sie in Elternzeit gehen oder weniger arbeiten wollen. Die Journalistin und Autorin Susanne Garsoffky fordert deshalb einen Kulturwandel und mehr Wert-

schätzung für die unbezahlte Arbeit. Denn Kindererziehung und Pflege von Angehörigen seien gesamtgesellschaftliche Aufgaben.

Mehr Partnerschaftlichkeit

Ein möglicher Ausweg ist das Konzept der Familienarbeitszeiten. Dabei arbeiten beide Eltern (mit Kindern im

Alter von bis zu drei Jahren) mit reduzierten Stunden, zum Beispiel 80 Prozent. Der Staat zahlt die Differenz zur Vollzeit. „Familienarbeitszeiten würden deutliche Anreize zu mehr Partnerschaftlichkeit setzen“, sagt Dr. Katharina Wrohlich vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.

„Wir brauchen Arbeitszeitmodelle, die zwischen der klassischen Voll- und Teilzeit liegen“, sagt auch Jana Tepe, Gründerin vom Internetportal tandemploy. Ihr Ansatz heißt Jobsharing. Dabei teilen sich zwei Menschen eine Stelle. Sie organisieren sich selbst und können je nach Lebensphase mehr oder weniger arbeiten.

Klar ist: Bei der Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gibt es nicht die eine große Lösung. Der Gesetzgeber muss Bedingungen schaffen, in denen jede Familie ihren individuellen Weg gehen kann. Die Projektgruppe #NeueZeiten wird diese Lösungen jetzt erarbeiten. ■

Projekt #NeueErfolge: Der Innovation auf der Spur

Start für das Projekt #NeueErfolge: 700 Menschen kamen zum wirtschaftspolitischen Fachkongress der SPD-Bundestagsfraktion.

Der deutsche Wohlstand ist nicht selbstverständlich. Mutige Gründer, ungewöhnliche Ideen und technologische Innovationen haben ihn möglich gemacht. Doch ist Deutschland auch heute noch aufgeschlossen genug für neue Technologien? Und stimmen die Rahmenbedingungen für Innovationen? Die SPD-Bundestagsfraktion spürt in ihrem „Projekt Zukunft“ mit der Projektgruppe „#NeueErfolge“ genau solchen Fragen nach. Denn Innovationen können das Leben der Menschen verbessern und den Wohlstand sichern. Die Politik muss für die Rahmenbedingungen sorgen.

Vorsprung durch Innovationen

„Neue Gerechtigkeit bedeutet für uns, neue Ideen und Innovation zu fördern, die allen zugutekommen“, bringt es Projektleiterin Sabine Poschmann auf den Punkt. Auch der diesjährige wirtschaftspolitische Fachkongress und der Wirtschaftsempfang der SPD-Fraktion standen deshalb unter der Leitfrage: Wie wecken wir mehr Gründergeist und Risikobereitschaft?

Rund 700 Menschen waren ins Reichstagsgebäude nach Berlin gekommen, um am Fachkongress zum Thema „Vorsprung durch Innovation“ teilzunehmen. Anschließend debattierten sie beim Wirtschaftsempfang der SPD-Fraktion, welche konkreten politischen Maßnahmen entwickelt werden müs-



Sabine Poschmann beim Fachkongress zum Thema „Fortschritt durch innovation“.

sen, um das Land sozial und wirtschaftlich voranzubringen.

Flüchtlinge bringen Potenzial mit

Eine Maßnahme ist für die SPD-Fraktion die Integration von Flüchtlingen. Die Flüchtlinge, die bleiben dürfen, besäßen ein hohes „Innovationspotenzial“, sagte SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann. Die beste Form, sie zu integrieren, sei Qualifizierung und Arbeit. Das bedürfe zwar massiver Investitionen, doch schließlich habe Deutschland mittelfristig auch einen enormen Bedarf an Fachkräften. Deshalb sei qualifizierte Einwanderung so wichtig.

SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil beschrieb Deutschland als „starkes und mitfühlendes Land“, mahnte aber auch, dass es so offen und neugierig bleiben müsse. Es bedürfe neuer Antworten auf ökonomische und soziale Fragen. Dafür wolle die SPD-Fraktion „zuhören, entscheiden, handeln“.

Zuhören, diskutieren, Ideen sammeln. Darum geht es in der Projektgruppe #NeueErfolge. Im Dialog mit Fachleuten und Bürgerinnen und Bürgern wird sie in den nächsten Monaten neue Rezepte entwickeln – für breiten Wohlstand, bessere Arbeitsplätze, soziale Entwicklung, eine intakte Umwelt und ein gutes Leben. ■

Editorial



Thomas Oppermann, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

Liebe Leserinnen und Leser, viele Menschen suchen momentan in Deutschland Schutz vor Krieg, Terror und Verfolgung. Das stellt unser Land vor große Herausforderungen. Länder und Kommunen, ehrenamtliche Helfer und hauptamtliche Hilfskräfte sind Tag und Nacht im Einsatz. Ihnen gilt unser besonderer Dank!

Für uns ist klar: Wir wollen Menschen aufnehmen, die unsere Hilfe und unseren Schutz brauchen. Bund und Länder haben sich deshalb auf ein umfangreiches Maßnahmenpaket geeinigt. Darin ist die Handschrift der SPD klar erkennbar.

Kernpunkte sind eine faire Verteilung der Kosten, schnellere Asylverfahren und Maßnahmen für eine rasche Integration. Um die stark belastete Bundespolizei zu entlasten und Sicherheit in Deutschland zu gewährleisten, werden wir 3.000 neue Stellen bei der Bundespolizei schaffen.

Für die SPD war es besonders wichtig, nicht nur Maßnahmen zu verabschieden, die auf die Bewältigung der Zuwanderung abzielen. Wir haben durchgesetzt, dass der Bund den Ländern bis 2019 zusätzlich 2 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellt. Es wird nun auch unsere Forderung umgesetzt, dass die frei werdenden Mittel aus dem Betreuungsgeld in eine bessere Kinderbetreuung investiert werden. Diese Maßnahmen kommen allen Menschen zugute. Das ist mehr als ein wichtiges Signal. Integration kann nur gelingen, wenn die Bedürfnisse von Flüchtlingen nicht gegen die Bedürfnisse der Menschen, die schon in unserem Land leben, ausgespielt werden. Erfolgreiche Integration ist der Schlüssel dafür, dass aus den Herausforderungen, die uns durch Migration erwachsen, eine Chance für unsere Gesellschaft wird. Eine Chance für die Wirtschaft, die händeringend nach Arbeitskräften sucht, eine Chance für eine noch offenere und tolerante Gesellschaft. Die vielen Menschen, die zu uns kommen, werden unser Land auf Dauer verändern. Es liegt an uns, diesen Wandel zu gestalten. ■

Der Mindestlohn rechnet sich

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat Mitte September, neun Monate nach Einführung des Mindestlohns, eine erste Bilanz gezogen. Das Fazit: Der Mindestlohn wirkt.

Insbesondere Un- oder Angelernte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Ostdeutschland profitieren vom Mindestlohn. Das belegen aktuelle Zahlen der Bundesbank. „Es gab Lohnsteigerungen von bis zu 9,3 Prozent, das ist doppelt bis dreifach so viel wie in höheren Gehaltsgruppen“, sagt DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell.

Auch bei den Aufstockern sorgt der Mindestlohn für Entlastung. 60.000 Menschen mehr können jetzt von ihrer Arbeit leben. Vorher war ihr Lohn so



gering, dass sie ihn mit Arbeitslosengeld II aufstocken mussten.

Trotz dieser Entwicklung hat es keine dramatischen Einbrüche bei der Beschäftigung gegeben. Im Gegenteil:

Laut Bundesagentur für Arbeit ging im Juni 2015 über eine halbe Million Menschen mehr einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach als im Jahr zuvor. Lediglich bei den Minijobs kam es zu einem Einbruch. Allerdings hat gleichzeitig in den typischen Minijob-Branchen die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zugenommen. Die Bundesbank spricht in ihrem Monatsbericht von August daher von einem „Umwandlungseffekt“. Sie geht davon aus, dass Minijobs hier durch reguläre Jobs ersetzt wurden. „Löhne rauf, Aufstocker runter, Entwarnung bei Jobs und Preisen“ – so die Zusammenfassung von DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell. ■



»Wir müssen die offenen Grenzen in der EU mit allen Mitteln verteidigen«

In der Flüchtlingspolitik brauchen wir einen gesamteuropäischen Kraftakt, sagt Axel Schäfer. Im Interview erklärt der SPD-Fraktionsvize, wie Fluchtursachen besser bekämpft werden können, und warum die Zuwanderung auch eine große Chance sein kann.

Die Europäische Union war bisher immer ein Projekt der offenen Grenzen, plötzlich geht es um Grenzsicherungen und -zäune, auch unter Mitgliedstaaten. Zerbricht das europäische Projekt an der Flüchtlingsfrage?

Die Freizügigkeit ist eine der größten Errungenschaften der europäischen Einigung. Bei Reisen in der EU wird gerade dieser Wert für die Bürgerinnen und Bürger persönlich erfahrbar: keine Wartezeiten an Schlagbäumen und keine Passkontrollen. Deshalb müssen wir die offenen Grenzen innerhalb der EU mit allen Mitteln verteidigen. Das bedeutet aber auch, die Außengrenzen besser zu schützen und zu sichern. Dies

„Freizügigkeit ist eine der größten Errungenschaften Europas“

kann aber nicht nur eine nationale Aufgabe der Grenzstaaten sein. Es ist ein gesamteuropäischer Kraftakt notwendig.

Bisher tragen einige wenige Mitgliedsstaaten die Hauptlast bei der Aufnahme von Asylsuchenden. Die Staats- und Regierungschefs der EU haben jetzt als ersten Schritt beschlossen, 120.000 Flüchtlinge innerhalb Europas zu vertei-

len. Wie kann eine dauerhafte Lösung der Verteilungsfrage aussehen?

Die Einigung beim informellen Europäischen Rat am 23. September ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Eine Verteilung wie von der EU-Kommission vorgeschlagen nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, Bevölkerungszahl und bereits aufgenommenen Flüchtlingen halte ich für sinnvoll. Schwieriger wird es, diese Verteilung auch wirklich umzusetzen. Nicht nur die Mitgliedstaaten müssen bereit sein, den Verteilungsschlüssel anzuwenden, sondern auch die Flüchtlinge. Schließlich will ein Großteil der Asylbewerber nach Schweden und

„Wir brauchen gemeinsame europäische Standards für Flüchtlinge“

Deutschland, aber nicht nach Ungarn oder in die Slowakei. Hierzu bedarf es eines klugen Anreizsystems und gemeinsamer europäischer Standards für Flüchtlinge, damit sie auch im ihnen zugewiesenen Land dauerhaft bleiben und nicht bei nächster Gelegenheit weiterreisen.

Insbesondere die osteuropäischen Mitgliedsstaaten wehren sich gegen eine solidarischere Verteilung der Flüchtlinge. Wie können sie dazu bewegt werden, mehr zu tun?

Der Kommissionsvorschlag sieht bereits Strafzahlungen vor, wenn sich ein Mitgliedsland nicht an den vereinbarten Verteilungsschlüssel hält. Ich halte dies für einen richtigen Weg. Die aktuelle Flüchtlingskrise zeigt einmal mehr: Als Nationalstaat allein lassen sich viele Entwicklungen unserer Zeit nicht mehr lösen. Nur als europäische Solidargemeinschaft lassen sich die Herausforderungen bewältigen. Zur Ehrlichkeit gehört aber auch, dass sich nahezu alle Mitgliedstaaten – auch Deutschland – in den vergangenen Jahren nicht mit Solidarität überboten haben, als bereits viele Flüchtlinge in Italien, Griechenland oder Malta ankamen.

Wie hilfreich ist es vor diesem Hintergrund, wenn die CSU in Bayern jetzt die Politik des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban lobt?

Die Einladung Viktor Orbans zur CSU-Klausur und die Verteidigung seiner verfehlten Flüchtlingspolitik stehen in einer Reihe unerklärlicher unterstützender Äußerungen zu den Verfassungs- und Wahlrechtsänderungen durch seine FIDESZ-Partei. Der bayeri-

„Nur solidarisch lassen sich die Herausforderungen bewältigen“

sche Unionsteil geriert sich als Schutzpatron des reaktionären Nationalisten Orban, der sich in der christdemokratischen Parteifamilie sicher fühlen kann. Eklatante Grundrechtsverletzungen dürfen auch bei CDU/CSU nicht tabuisiert werden. Wer Wasserwerfer und Tränengas gegen Flüchtlinge gezielt richtet, verlässt den europäischen Wertekanon.

Die EU will auch schärfere Kontrollen an ihren Außengrenzen einführen und die Lage durch die Einrichtung von Registrierungscentren in Italien und Griechenland entspannen. Wie beurteilen Sie diese Maßnahmen?

Die stärkere Kontrolle der EU-Außengrenzen ist ein notwendiger Schritt,

„Hot-Spots in den Grenzstaaten sind absolut notwendig“

wenn wir die Grenzen innerhalb der EU weiter offenhalten wollen, wofür ich werbe. Es ist sowohl für die am Limit arbeitenden Behörden, die Bevölkerung aber gerade auch die Flüchtlinge ein untragbarer Zustand, wenn Abertausende unregistriert in Europa umherirren. Für die Versorgung der Flüchtlinge, die Unterbringung, die rasche Bearbeitung der Asylanträge und die Sicherheitslage in Europa ist eine schnelle und flächendeckende Registrierung der

Schlüssel. Die Einrichtung sogenannter Hot-Spots in den Grenzstaaten ist daher absolut notwendig und richtig.

Viel wird auch von einer schnellen und wirksamen Bekämpfung der Fluchtursachen gesprochen. Ist das vor dem Hintergrund der chaotischen Zustände in Syrien überhaupt möglich?

Die Bekämpfung der Fluchtursachen nicht nur in Syrien, sondern auch in Afghanistan und in vielen Ländern Afrikas ist ganz entscheidend.

Unser Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier leistet eine hervorragende Arbeit und hat bei der UN-Vollversammlung in New York viele Gespräche geführt, um die Lage in Syrien für die Menschen zu verbessern, das Assad-Regime zu beenden und den IS wirksam zu bekämpfen. Die vorsichtige Annäherung zwischen Russland und den USA für eine gemeinsame Syrien-Strategie könnte ein ermutigender erster Schritt sein.

Nicht vergessen dürfen wir auch die riesigen Flüchtlingslager in den syrischen Anrainerstaaten Jordanien, Tür-

„Die Annäherung zwischen Russland und den USA ist ein ermutigender Schritt“

kei und im Libanon. Millionen Bürgerkriegsflüchtlinge harren dort nah der Heimat aus und benötigen dringend

„Die gesamte Weltgemeinschaft ist gefordert“

eine bessere Versorgung. Eine ausreichende Finanzierung des UNHCR und des Welternährungsprogramms muss sichergestellt werden. Die 1,8 Mrd. Euro, die beim letzten EU-Gipfel zugesagt wurden, reichen dafür bei Weitem nicht aus. Die gesamte Weltgemeinschaft ist gefordert. Ich appelliere insbesondere an die reichen arabischen Staaten, einen angemessenen Beitrag zu leisten.

Die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung heißt die ankommenden Flüchtlinge willkommen. Gleichzeitig wächst die Sorge, ob und wie die Integration von hunderttausenden Asylsuchenden gelingen kann. Wie aufnahmebereit ist Deutschland noch?

Zunächst einmal möchte ich ein herzliches Dankeschön sagen an die vielen ehrenamtlichen Helfer, die Bundespolizei, die Landespolizeikräfte und die Beschäftigten in den öffentlichen Verwaltungen, die bis zur Erschöpfung arbeiten und die in Deutschland Schutzsuchenden willkommen heißen. Ich

selbst habe mein diesjähriges Praktikum eine Woche lang in Flüchtlings-einrichtungen geleistet.

Mit dem umfangreichen Asyl-Gesetzespaket und der Einigung mit den Ländern über wichtige Finanzierungsfragen sind wir ein gutes Stück weiter gekommen, um die politischen Rahmenbedingungen zu schaffen, dass die Aufnahmebereitschaft weiterhin hoch bleibt. Auch die Neuordnung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge macht Hoffnung, dass die Anträge in Zukunft deutlich schneller und effizienter bearbeitet werden. Nur so können anerkannte Asylbewerber schnell Integrationsangebote erhalten, aber auch abgelehnte Asylbewerber zurückgeführt werden, um neue Aufnahme-

„Flüchtlinge können eine große Bereicherung für uns sein – bei gelungener Integration“

kapazitäten wieder frei zu machen. Ansonsten schließe ich mich den Worten unseres Bundespräsidenten an: „Wir wollen helfen. Unser Herz ist weit. Doch unsere Möglichkeiten sind endlich.“

Der Zuzug von Hunderttausenden wird für Deutschland auch als Chance gesehen, insbesondere mit Blick auf den demografischen Wandel. Was muss passieren, damit die Integration gelingt?

Bei all den Herausforderungen, vor denen wir stehen, sehe ich gleichzeitig eine große Chance in der Einwanderung. Bereits seit Jahren reden wir über bevorstehenden Fachkräftemangel und einen dramatischen Rückgang der Bevölkerung in vielen Regionen. Viele Menschen sind in den vergangenen Monaten zu uns gekommen, die bei gelungener Integration eine große Bereicherung für uns sein können. Dafür dürfen Fehler der Vergangenheit aber nicht wiederholt werden. Deshalb ist es ganz entscheidend, dass für diejenigen, die dauerhaft bei uns bleiben, sofortiger Spracherwerb, Schulbildung, berufliche Qualifizierung und Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht werden. Auch die Stärkung der Arbeit von Kulturdolmetschern und der Wohnungsbau für alle sind wichtige Bausteine. ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de



Axel Schäfer: „Diejenigen, die hier bleiben, brauchen Zugang zum Arbeitsmarkt.“

Zur Person

Bei den Wählerinnen und Wählern kommt Axel Schäfer (63) gut an: Viermal in Folge konnte er bisher das Direktmandat seines Wahlkreises Bochum I gewinnen, zuletzt 2013 mit 44,2 Prozent der Erststimmen.

Der Europapolitiker (zwischen 1994 und 1999 war er Abgeordneter im Europäischen Parlament) gehört zu den erfahreneren Fraktionsmitgliedern.

Als stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender ist Axel Schäfer zuständig für Angelegenheiten der Europäischen Union sowie wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. ■

Meldungen

Analphabetismus bekämpfen

7,5 Millionen Menschen in Deutschland gelten als funktionale Analphabeten. Sie können keine zusammenhängenden Texte lesen oder schreiben. Ihre Kompetenzen in Schrift und Sprache sind niedriger als die jeweiligen beruflichen und gesellschaftlichen Anforderungen. In einem Antrag fordern die Fraktionen von SPD und CDU/CSU eine nationale Dekade der Alphabetisierung. Um den funktionalen Analphabetismus hierzulande zu verringern, sollen bewährte Strategien weiterentwickelt und neue Förderformate etabliert werden. ■

Kultur auf dem Land stärken

Der demografische Wandel stellt vor allem ländliche Regionen vor große soziale und ökonomische Herausforderungen, die unmittelbare Auswirkungen auf Kultur und kulturelles Leben haben. Mit einem Antrag fordern die Koalitionsfraktionen die Bundesregierung deshalb auf, mit konkreten Projekten die Kulturpolitik und das kulturelle Leben in den betroffenen Regionen zielgerichtet zu stärken. ■



Die Reform der Pflegeversicherung bringt Unterstützung für Kranke und Angehörige.

Mehr Leistungen in der Pflege

Auch Menschen mit psychischen Krankheiten können künftig als pflegebedürftig gelten.

Fachleute und die SPD-Bundestagsfraktion fordern schon seit langem eine Reform des Pflegebedürftigkeitsbegriffes. Jetzt hat der Bundestag einen entsprechenden Gesetzentwurf auf den Weg gebracht.

Bisher bezieht sich der Pflegebedürftigkeitsbegriff nur auf Menschen mit körperlichen Einschränkungen. Für geistige oder psychische Beeinträchtigungen gilt er nicht. Ein Mensch mit schwerer Demenz ist zum Beispiel aufgrund seiner Krankheit nicht mehr in der Lage, sich selbst zu versorgen. Trotzdem wurde er bisher nicht als pflegebedürftig eingestuft, wenn er körperlich noch fit war.

Das Pflegestärkungsgesetz II soll das ändern. Künftig geht es bei den Beurteilungen der Pflegebedürftigen nur

noch um die Beeinträchtigung der Selbstständigkeit – egal ob körperlich oder geistig. „Wir beenden damit die Diskriminierung von Menschen, die unter Demenz oder psychischen Krankheiten leiden“, sagt SPD-Fraktionsvize Karl Lauterbach.

Bedarf genauer ermitteln

Mit dem Gesetz vollzieht die Koalition 20 Jahre nach Einführung der Pflegeversicherung ihre bisher größte Reform. Ab 2017 sollen fünf so genannte Pflegegrade die bisherigen drei Pflegestufen ablösen. Damit wird der individuelle Bedarf bei Pflegebedürftigen sehr viel genauer ermittelt. Ein Effekt der Reform: Die Unterstützung setzt künftig früher an. Der Pflegegrad 1 erreicht Menschen, die bisher gar keine Leistungen aus der Pflegeversicherung erhalten haben. Davon könnten bis zu 500.000 Menschen profitieren.

Unterstützung für Angehörige

Mit dem Gesetz werde das Anliegen umgesetzt, für Menschen in ihrer letzten Lebensphase Lebensqualität zu gewährleisten und ihnen Solidarität entgegenzubringen, sagt die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Hilde Mattheis.

Auch pflegende Angehörige werden besser unterstützt: Die Pflegeversicherung wird künftig für deutlich mehr von ihnen Rentenbeiträge einzahlen. Die Rentenbeiträge steigen bei zunehmender Pflegebedürftigkeit. Zudem verbessert sich der Versicherungsschutz für pflegende Angehörige in der Arbeitslosenversicherung. ■

Kommunen unterstützen

Kommunen übernehmen im Gemeinwesen wichtige Funktionen. Sie gewährleisten die lokale Infrastruktur, das Schulwesen, Betreuungseinrichtungen und übernehmen einen wesentlichen Teil der sozialen Sicherung.

„Kommunen sind systemrelevant für unsere Demokratie“, bringt es der kommunalpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Bernhard Daldrup auf den Punkt. Allerdings können viele Kommunen ihre Aufgaben alleine nicht mehr stemmen. Ihre Verschuldung steigt ebenso wie die Sozialausgaben, es fehlt an Geld für notwendige Investitionen. Langfristig führt das zu einem Auseinanderdriften von finanzstarken und finanzschwachen Kommunen.

Der Bund hat die Kommunen schon in den letzten Jahren durch finanzielle und strukturelle Maßnahmen entlastet. Die Koalitionsfraktionen fordern jetzt in einem Antrag, diese Politik auszuweiten. Das Ziel: Gleichwertige Le-

bensverhältnisse in allen Kommunen schaffen. „Wir wollen eine Kommunalpolitik, die die Freiheit hat, die Lebensbedingungen der Menschen zu gestalten, anstatt sie nur einzuschränken“, sagt Bernhard Daldrup.

Dafür nennen die Koalitionsfraktionen neben der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Flüchtlingsunterbringung konkrete Maßnahmen: Bei der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen sei sicherzustellen, dass jede Ebene die Mittel bekommt, die sie zur Bewältigung ihrer Aufgaben braucht, heißt es in dem Antrag. Dazu gehöre auf Länderebene auch die Stärkung der kommunalen Investitionskraft. Außerdem fordern die Koalitionsfraktionen eine Förderung des Breitbandausbaus durch den Bund und eine kommunalfreundliche Weiterentwicklung des Energiewirtschaftsgesetzes. ■

www.spdfraktion.de

Minderjährige Flüchtlinge

Immer mehr Kinder und Jugendliche fliehen alleine aus ihren Heimatländern und kommen ohne Begleitung eines Erwachsenen in Deutschland an.

„Es ist unsere Aufgabe und Verantwortung, diese Kinder und Jugendlichen zu schützen und ihnen ein neues Zuhause zu bieten“, sagte Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) im Bundestag. Der Bund wird sich mit 350 Millionen Euro pro Jahr an der Finanzierung der Kosten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge beteiligen. Mit einem jetzt im Bundestag eingebrachten Gesetzentwurf will die Koalition diese Maßnahme ergänzen. Die meisten unbegleiteten Flüchtlingskinder kommen in einigen wenigen Kommunen an. Um die Lasten innerhalb Deutschlands besser zu verteilen und die häufig traumatisierten Kinder und Jugendlichen angemessen unterbringen und versorgen zu können, sieht der Gesetzentwurf eine bundes-

weite Aufnahmepflicht der Länder vor. Die Minderjährigen sollen dort untergebracht werden, wo es in Deutschland Kapazitäten gibt und wo sie eine angemessene Betreuung, Unterkunft und Versorgung erhalten.

Schnelle Hilfe

Der Entwurf stellt auch klar, dass ausländische Kinder und Jugendliche Zugang zu allen Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe haben müssen. Außerdem soll das Mindestalter zur Begründung der aufenthaltsrechtlichen Handlungsfähigkeit von 16 auf 18 Jahre angehoben werden. Dadurch werden auch 16- und 17-Jährige im Asylverfahren von einem gesetzlichen Vertreter begleitet und nicht wie Erwachsene behandelt. Man müsse den unbegleiteten Flüchtlingskindern jetzt schnell helfen und eine altersgerechte zügige Integration sicherstellen, betonte die zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion Gülistan Yüksel. ■

SPD-Fraktion legt sich fest

Flüchtlinge, Pflege, sozialer Wohnraum und digitaler Wandel – auf ihrer Klausurtagung berät die SPD-Fraktion die drängenden Themen.

Nach dem Ende der Sommerpause ist die SPD-Fraktion in Mainz zusammengekommen, um über aktuelle politische Themen zu beraten. Das drängendste: die Flüchtlingspolitik. Die Sozialdemokraten verabschiedeten dazu ein Beschlusspapier mit dem Titel „Geschlossen und entschlossen handeln“. Darin heißt es unter anderem: „Jeder Anschlag auf Asylsuchende, Flüchtlingsunterkünfte oder Menschen, die Flüchtlingen helfen, ist ein Angriff auf unsere freiheitliche Grundordnung und muss mit allen Mitteln des Rechtsstaates verfolgt werden.“ Viele der im Papier geforderten Maßnahmen sind inzwischen schon als Gesetzentwürfe im Bundestag angekommen (siehe dazu Seite 8).



Vorbereitung auf die Arbeit der nächsten Monate: Die SPD-Fraktion in Mainz.

Daneben hat die SPD-Fraktion in Mainz drei weitere Papiere verabschiedet: „Gesellschaftliche Teilhabe in der digitalen Gesellschaft stärken“, „Nur gute Arbeitsbedingungen sichern die Pflege von morgen“ und „Wohnungsbau fördern und bezahlbaren Wohnraum schaffen“.

Teilhabe in der digitalen Gesellschaft

Nur wenn Menschen wissen, wie das Internet funktioniert, können sie es souverän nutzen. Die „digitale Gesellschaft“ dürfe nicht einigen wenigen sozial oder technologisch Privilegierten vorbehalten bleiben, schreiben die Sozialdemokraten. Neben flächendeckenden schnellen Internetverbindungen ist für die SPD-Fraktion die „digitale Bildung“ der „wichtigste Schlüssel zur Teilhabe in der digitalen Gesellschaft“. Die SPD-Fraktion fordert in ihrem Papier zudem eine konse-

quente Verfolgung von Volksverhetzung im Internet. Eine bessere Teilhabe am politischen Diskurs soll durch online zugängliche Informationen ermöglicht werden. So ließen sich in Zukunft bürokratische Verfahren erleichtern. Behördengänge könnten dann beispielsweise zeitsparend online erledigt werden.

Gute Arbeit in der Pflege

Ein ebenfalls drängendes Anliegen der Sozialdemokraten ist die Sicherung guter Pflege. Eine Hauptforderung aus dem Beschlusspapier: In der Pflege muss ein Personalschlüssel sicherstellen, dass genügend Personal zur Verfügung steht, um eine qualitativ hochwertige Pflege zu gewährleisten. „Wir wollen weg von der Minutenpflege“, betonte SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann. Pflege-Arbeitskräfte müssten gerecht bezahlt werden. Um das voranzutreiben, will die SPD-Bundes-

tagsfraktion Pflegeeinrichtungen stärken, die tarifgebunden entlohnen. Gleichzeitig soll vermieden werden, dass Pflege im Alter zum Luxusgut wird. Dazu soll die Pflegeversicherung in eine Pflege-Bürgerversicherung überführt werden.

Bezahlbaren Wohnraum schaffen

Deutschland muss bauen: Mindestens 270.000 neue Wohnungen jährlich in den nächsten 15 Jahren. Nur so kann der Bedarf an Wohnungen in den angespannten Wohnungsmärkten gedeckt werden. Neue Wohnungen müssten dabei vor allem bezahlbaren Wohnraum für Menschen mit unteren und mittleren Einkommen bieten, heißt es in dem Beschlusspapier. Mit dieser Forderung hat sich die SPD-Fraktion inzwischen durchgesetzt: Bund und Länder haben beschlossen, die Mittel für den Sozialen Wohnungsbau massiv aufzustocken. ■

Meldungen

Menschenhandel bekämpfen

Deutschland wird sich auch künftig an der EU-Operation EUNAVFOR MED (European Naval Forces Mediterranean) beteiligen. Das hat der Bundestag auf Antrag der Bundesregierung beschlossen. Mit der Operation soll das Geschäftsmodell der Menschenschmuggel- und Menschenhandelsnetzwerke im südlichen und zentralen Mittelmeer unterbunden werden. Mit der Ausweitung des Mandats, das seit Ende Juni in Kraft ist, darf die Bundeswehr Schiffe und Boote anhalten, durchsuchen und wenn nötig beschlagnahmen und umleiten. Ziel der Mission ist es, die Bewegungsfreiheit der Schleuser einzuschränken und eine abschreckende Wirkung zu entfalten.

Dabei gilt: Die Seenotrettungsmaßnahmen werden dadurch nicht beschränkt, sie stehen nach wie vor an erster Stelle. In den letzten Monaten wurden rund 8.000 Menschen durch die beteiligten deutschen Soldatinnen und Soldaten auf Hoher See gerettet. „Und das muss fortgesetzt werden“, betonte der außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Niels Annen.

Die Ausweitung des Mandats stehe dabei nicht im Widerspruch zu einer aktiven Bekämpfung der Fluchtursachen, erklärte Annen. Vielmehr gehöre die Finanzierung der Flüchtlingslager in Syriens Nachbarländern genauso zur Ursachenbekämpfung wie die Operation EUNAVFOR. ■

Kita-Ausbau statt Betreuungsgeld

Gut für Familien in Deutschland: Die Mittel des gescheiterten Betreuungsgeldes fließen zurück an die Länder.

Die Bundesländer werden das Geld überwiegend in den Ausbau der Kinderbetreuung stecken. Darauf haben sich Bund und Länder gemeinsam auf ihrem Gipfel im September geeinigt.

„Es ist ein großer Erfolg, dass die Länder und Kommunen die Mittel jetzt mit dieser klaren Zweckbindung erhalten“, sagt dazu SPD-Fraktionsvizein Carola Reimann.

Das Bundesverfassungsgericht hatte im Juli das bundesweite Betreuungsgeld gekippt, weil für derartige Leistung nicht der Bund, sondern nur die Länder zuständig seien.

Seitdem wurde darüber diskutiert, was mit den frei werdenden Mitteln im Bundeshaushalt passieren soll. Finanzminister Wolfgang Schäuble wollte das für Familienförderung vorgesehene Geld in den allgemeinen Bundeshaushalt überführen. Jetzt habe sich die SPD-Fraktion mit ihrer Forderung durchgesetzt, dass die freigewordenen

Mittel aus dem Betreuungsgeld in die Kinderbetreuung investiert werden, betont Carola Reimann.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich immer gegen das von Schwarz-Gelb eingeführte Betreuungsgeld ausgesprochen. Aus Sicht der Sozialdemokraten war die Maßnahme ein falsches Instrument, das sowohl bildungs-, gleichstellungs- als auch integrationspolitisch schlechte Anreize setzte. ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de



Vorgestellt



Sabine Poschmann

Schon seit längerem kümmert sich Sabine Poschmann als Mittelstandsbeauftragte für die SPD-Fraktion um das „Rückgrat der deutschen Wirtschaft“. Sie ist überzeugt: „Der Mittelstand ist der Garant für Deutschlands stabile wirtschaftliche Stärke.“ Die Dortmunderin weiß aber auch: Wenn das so bleiben soll, dann braucht es neue Ideen und Innovationen. Als Projektleiterin des Zukunftprojekts #NeueErfolge will sie daran mitwirken, dass Deutschland auch in der Zukunft ein innovationsfreundliches Land ist. Für die SPD-Fraktion sitzt Poschmann zudem im Ausschuss für Wirtschaft und Energie. ■



Martin Rosemann

Als Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales kümmert sich Martin Rosemann um die Arbeitsmarktpolitik von heute. Als Projektleiter des Zukunftprojekts #NeueZeiten arbeitet er an den Lebens- und Arbeitszeitmodellen von morgen. „Neue Gerechtigkeit bedeutet, dass alle Frauen und Männer ihre individuellen Vorstellungen von Familie, Beruf und Freizeit besser verwirklichen können“, sagt der promovierte Volkswirt. Der Tübinger sitzt seit 2013 für die SPD-Fraktion im Bundestag und ist federführender Berichterstatter der SPD-Fraktion für den Bereich Rentenpolitik. ■

Flüchtlinge: Koalition entlastet Länder und Kommunen

Kosten verteilen, Verfahren verkürzen, schnelle Integration ermöglichen – die SPD-Fraktion macht Tempo in der Flüchtlingspolitik.

Sie haben Krieg und gefährliche Fluchttrouten hinter sich gebracht, sind mit dem Leben davon gekommen. Hunderttausende Menschen suchen derzeit Schutz in Deutschland und Europa. Tausende Haupt- und Ehrenamtliche unterstützen die ankommenden Flüchtlinge nach Kräften. Aber auch sie brauchen Unterstützung.

Bund und Länder haben jetzt ein Maßnahmenpaket vereinbart. Es soll Länder und Kommunen finanziell entlasten und die Flüchtlingspolitik ordnen. Durch schnellere Asylverfahren und mehr Mitarbeiter beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) soll künftig schneller entschieden werden, ob Menschen hier bleiben können oder zurück in ihre Heimatländer müssen.

Mehr Geld für Kommunen

Daneben werden mit dem Maßnahmenpaket zentrale Forderungen der SPD-Fraktion erfüllt: Der Bund wird sich künftig mehr an den Kosten für Flüchtlinge beteiligen. Ab 2016 erhalten die Länder für die Dauer des Asylverfahrens eine monatliche Pauschale von 670 Euro pro Asylbewerber. Für dieses Jahr wird der Bund seine Soforthilfe nochmals auf insgesamt 2 Milliarden Euro verdoppeln. 350 Millionen Euro stehen für die Versorgung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen bereit. „Die Kommunen leisten die Hauptarbeit bei der Unterbringung von Flüchtlingen. Deshalb müssen wir sie mit mehr Geld unterstützen“ sagt die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion Christine Lambrecht.

Darüber hinaus können die Länder eine elektronische Gesundheitskarte für Flüchtlinge einführen. Die Kosten hierfür werden von der öffentlichen Hand getragen, gehen also nicht zu



Deutschland muss auch künftig in der Lage sein, Menschen in Not aufzunehmen.

Lasten der Versicherten und der gesetzlichen Krankenkassen.

Jeweils 500 Millionen Euro stehen in den kommenden Jahren für den Bau von bezahlbaren Wohnungen zusätzlich zur Verfügung. Außerdem stellt der Bund schnell und verbilligt eigene Immobilien und Liegenschaften für die Flüchtlingsunterbringung bereit. Der soziale Wohnungsbau kommt dabei allen zugute, nicht nur den Flüchtlingen.

Mindestlohn auch für Flüchtlinge

Das freiwerdenden Mittel aus dem gescheiterten Betreuungsgeld werden von den Ländern in mehr und bessere Kitaplätze investiert. Davon profitieren alle Familien in Deutschland. Gleichzeitig schafft der weitere Ausbau der Kinderbetreuung die Grundlagen für eine erfolgreiche Integration von Flüchtlingskindern.

Eine klare Absage erteilt die SPD-Fraktion den Stimmen aus der Union, die den Mindestlohn für Flüchtlinge aussetzen wollen. „Wir werden nicht zulassen, dass in diesem Land Gering-

verdiener gegen Flüchtlinge ausgespielt werden“, macht Christine Lambrecht klar.

Das Gesetzpaket soll Mitte Oktober in Parlament und Länderkammer beschlossen sein. Schon am 1. November soll es in Kraft treten. ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de

Termine

16. Oktober Palliativmedizin – Sterbehilfe, 73240 Wendlingen

19. Oktober Was kostet uns Griechenland?, 68766 Hockenheim

04. November Online-Petitionen: Bürgerbeteiligung oder Klick-Aktivismus? 10117 Berlin

Weitere Termine:

www.spdfraktion.de

www.facebook.com/spdbundestagsfraktion

IMPRESSUM GUTE ARBEIT

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion

Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Redaktionsschluss: 06. Oktober 2015

Herstellung: Network Media GmbH

Redaktion: Stefan Hintermeier, Anja Linnekugel, Alexander Linden, Jasmin Hihat, Gero Fischer

Texte: Gero Fischer

Druck: Frankenpost Verlag GmbH

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information.

Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Bestellungen von „Gute Arbeit“, Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und von

Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:

– **per Post:** SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin

– **per Mail:** oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de

– **per Fax:** 030/22756800